

Für Aufrüstung ist Geld da

Durch den Ukraine-Krieg sind alle etablierten Parteien wieder für Aufrüstung und mehr Geld für's Bundesheer. Das österreichische Kapital will seine Interessen am Balkan auch militärisch besser durchsetzen können, nach innen soll mehr Geld für den Kampf gegen "Terror" oder eher gegen Arbeiter*innen locker gemacht werden. Draufzahlen werden dabei nur wir....

Seite 2

Proteste gegen Bildungsmisere

Schon vor Corona staunten sich international in den verschiedenen Bildungssystemen massive Probleme auf. Die Coronakrise hat die Probleme für alle sichtbar gemacht und nochmals verschärft. Die Politik tut nichts – auch deshalb gibt es überall Widerstand im Bildungswesen. Aktivist*innen der ISA sind dabei, in Belgien, den USA, in Irland und England.

Seite 12

Schwerpunkt

Der Krieg in der Ukraine wirft viele Fragen auf: Wessen Kriege werden geführt, um welche Interessen geht es und wie stehen Sozialist*innen zu Krieg, Frieden und Militarismus?

Seiten 7-10



ISA VORWÄRTS SLP

INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE

Normalpreis € 1,- Solipreis € 2,-

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 301 | 04.22

Nein zu Krieg, Aufrüstung und Teuerung

Der Krieg in der Ukraine zeigt die Hilfsbereitschaft unzähliger Helfer*innen. Und während wir Angst vor Ausweitung und Folgen dieser Zuspitzung imperialistischer Konflikte haben, wird sie von den Herrschenden für ihre Zwecke genutzt. Angeblich für die Verteidigung von Demokratie und Freiheit sollen "wir alle" zusammenstehen – doch wessen Krieg ist es? Wir, Beschäftigte und Jugendliche, egal wo auf der Welt, haben kein Interesse am Krieg. Er ist ein Krieg der Oligarch*innen und Supermächte, für den die Arbeiter*innen

zu begründen. "Wir alle sollen den Gürtel enger schnallen" lautet die Devise. Doch Rüstungskonzerne und Energiefirmen machen Rekordgewinne, es wird aufgerüstet. Geld, das für Lohnerhöhungen in Pflege oder Bildung bzw. mehr Personal angeblich nicht da war. Die Teuerung trifft jene am härtesten, die schon Corona hart getroffen hat: Geringverdiener*innen, Arbeitslose, systemrelevante Beschäftigte, Frauen. Das "Entlastungspaket" der Regierung ist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.



Die Regierung nutzt den Krieg, um von ihren Skandalen, ihrem Chaos und Kürzungsplänen abzulenken.

zahlen: In der Ukraine mit Tod und Vertreibung, in Russland mit den Folgen der Sanktionen und auch weltweit. Der Krieg wird als Argument genutzt, um längst geplante Kürzungen bei Sozialem, Bildung und Gesundheit durchzukriegen sowie Preiserhöhungen

Und wo ist die Gewerkschaft? Die hält einmal mehr Regierung und Firmen die Stange und organisiert bestenfalls zahnlose Proteste zum Dampfablassen. Der Krieg mag der angeschlagenen Regierung eine kurze Verschnaufpause bringen, lange wird das nicht hal-

ten. Denn wir können nicht fürs neue Luxusgut Energie zahlen oder die Corona-Last tragen, während die Reichen immer reicher werden. Statt Aufrüstung braucht es Milliarden für die Versorgung von Geflüchteten, für Jobs und Gesundheit für alle. Die Teuerung ist kein Naturgesetz

– sie kann durch Proteste von unten abgewehrt werden. Solche Proteste bis hin zu Streiks können auch echte Verbesserungen erkämpfen und sind der Ansatz für eine viel größere Veränderung, die Krieg durch eine sozialistische Alternative beendet.

Sarah Moayeri

Wir fordern:

- Kampf um drastische Lohnerhöhungen und Jobs
- Verstaatlichung der Energiekonzerne unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung
- Aufbau einer globalen Bewegung gegen Krieg und Kapitalismus

Der Standpunkt



Von Sonja Grusch

Nicht erst im Gefolge des Krieges steigt auch hierzulande der Nationalismus. Die FPÖ inszeniert schon lange ihre Wahlveranstaltungen mit einem Meer von Österreich-Fahnen. Die anderen etablierten Parteien mögen ihren Nationalismus weniger sichtbar vor sich hertragen, weniger ist er dennoch nicht. Es geht hier nicht nur um die Liebe zur Heimat, die schönen Berge und Seen, zu Apfelstrudel und Grünem Veltliner. Nationalismus war und ist ein Instrument zur Vertuschung des Grabens zwischen Arm und Reich, Oben und Unten, Kapital und Arbeit.

"Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche", teilte der stinkreiche deutsche Kaiser Wilhelm II. den Arbeiter*innen in Deutschland 1914 mit, die in Folge für den Erhalt von Kaiserreich und Großkapital an der Front sterben sollten.

Austria goes Nationalismus

Das Appellieren an den jeweils eigenen Nationalismus haben alle Regierungen gemein. Putin tut es, Selenski tut es, Biden tut es (auch wenn die USA in Osteuropa keinen Schrebergarten haben (C) Der Böckerer), und auch die österreichische Regierung tut es. Nehammer, Kogler & Co. appellieren an eine "nationale Einheit" angesichts einer "externen Bedrohung". Bis vor kurzem war das v.a. Corona, nun ist es der Ukraine-Krieg und die "russische Gefahr". Der Nationalismus anderer Regierungen wird unterstützt, um den eigenen zu stärken.

Das Problem mit dem Nationalismus, besonders in den imperialistischen Staaten (zu denen alle genannten aktuell gehören): Er dient dem Machterhalt der Eliten. In Österreich kommt er gerne als Patriotismus daher mit "Sag ja zu A" und dem Aufruf "zuhause" zu urlauben. Es geht um die Unterstützung der "heimischen Wirtschaft". Derselben sind die "heimischen Beschäftigten" allerdings herzlich wurscht. Solange die Kasse klingelt, ist es egal, wo das Geld herkommt. Aber fürs nationale Ganze sollen wir brav und ruhig bleiben.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP),
Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien, I
Herstellungs- und Verlagsort: Wien, I DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 2560000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

Österreichs Aufrüstung national und international

Obwohl Österreich ein kleines Land ist, agiert es imperialistisch, v.a. am Balkan - "Neutralität" war schon immer ein dehnbarer Begriff. Ein Österreicher hatte 12 Jahre lang das Amt des Hohen Repräsentanten in Bosnien-Herzegowina inne. Im Wesentlichen ein fast neokolonialer Stathalter mit weitgehenden Befugnissen, Gesetze zu erlassen oder gewählte Amtsträger zu entlassen. Der Hintergrund: Österreichische Konzerne in-

vestieren die letzte Periode wie kaum ein anderes Land am Balkan, um sich Infrastruktur, Transportwege, Absatzmärkte und Energie zu sichern. Vor allem im Bau-, Versicherungs- und Bankensektor hat sich österreichisches Kapital eingestellt. Diese Kontrolle auch militärisch zu untermauern und gegen den russischen und chinesischen Imperialismus auch vor Ort durchzusetzen, wäre der nächste logische Schritt.



Bild©Parlamentsdirektion/Ulrike Wieser

Für Aufrüstung ist Geld da

Mit dem Ukraine-Krieg ist die Frage von Aufrüstung wieder in aller Munde. Deutschland plant, 100 Milliarden € extra in die Bundeswehr zu

mie" sind hingegen mickrige 0,1 Milliarden €, die Prioritäten sind also klar.

Selbst die Grünen, die sich immer als friedlich geben,

terreich war nie neutral, wie die aktuelle Einreihung in die Sanktionspolitik zeigt, die militärische Neutralität wird Teilen der Herrschen-

Für Kindergärten, Krankenhäuser und Schulen gibt's kein Geld – dafür Milliarden fürs Militär

investieren und damit jährlich mehr als 2% des BIPs fürs Militär auszugeben. Verteidigungsministerin Tanner will 10 Milliarden € mehr fürs Bundesheer, zumindest aber eine Erhöhung um 1,3 Milliarden € auf 1% des BIPs. Ihr Vorgänger, Generalmajor Starlinger, forderte vor Jahren bereits zusätzliche 16 Milliarden € - nun verspüren die Aufrüster*innen Rückenwind. Der Corona-Bonus für die "Held*innen der Pande-

sind jetzt rhetorisch und programmatisch voll auf Kriegsmodus umgeschwenkt und fordern mehr Geld für Militär und "Schutz". Die EU braucht eine EU-Armee und darf nicht von russischem Gas abhängig sein; Abhängigkeiten von saudi-arabischem Gas und Öl oder wirtschaftlich von den USA werden dafür gerne hingenommen. Stimmen für "proaktive" Außenpolitik und NATO-Beitritt werden lauter. Ös-

ten zunehmend ein Dorn im Auge. Aufrüstung zielt (neben lukrativen Geschäften für die heimische Kriegsindustrie) darauf ab, die wirtschaftlichen Interessen militärisch nach innen und außen durchsetzen zu können. Es ging und geht nicht um unsere "Sicherheit", sondern jene der Reichen und Mächtigen - Draufzahlen und dafür zahlen sollen aber wir!

Stefan Brandl



Bundesheer schützt Österreichs Reiche

Die zusätzlichen Milliarden werden nicht primär in Panzer oder anderes großes Kriegsgerät investiert. Primär soll es um Modernisierung bestimmter Infrastrukturen gehen - "Cybersecurity" (besonders ironisch mit "Chatkontrolle"-Gesetzentwurf auf EU-Ebene), aber auch Überwachung sind hier gute Stichwörter. Die innere Sicherheit soll durch besser gerüstete Polizei und Terrorbekämpfung gewährleistet werden. Diese spe-

zialisierten Einheiten oder gleich das ganze Bundesheer werden oft gegen demonstrierende oder streikende Arbeiter*innen eingesetzt, wie uns die Streiks in Myanmar letzten Jahres oder aktuell die staatliche Repression von Anti-Kriegs-Protesten in Russland zeigen. Unterm Strich bleibt der einzige echte Einsatz des Bundesheeres 1934 - als das Dollfuß-Regime das Bundesheer auf österreichische Arbeiter*innen schielen ließ.



E-Autos = strahlende Zukunft?

Der Klimawandel ist Realität und wir sind mitten drin. Trotz der Beschlüsse der vielen Klimagipfel wurde nichts getan, der Klimawandel nicht einmal gebremst! Der Weltklimarat (IPCC) hat jüngst festgestellt, dass die für das endgültige Kippen des Klimas verantwortliche

auf Veränderungen und machen sogar Druck auf die Regierungen für neue Rahmenbedingungen. Sie wollen sich ihre neue Strategie großzügig abgleiten lassen. Bestes Beispiel ist die Autoindustrie. Seit vielen Jahren in der Krise, ist der EU-weite Ausstieg aus dem Verbrennungs-

motor 2035 eine Riesenchance: Die 250 Mio. Autos in der EU werden gegen neue ausgetauscht. Besser geht's nicht für VW, Stellantis, BMW, Renault & Co! Schon heute aber reicht der ökologisch gewonnene Strom nicht aus. Stromsparen kommt im

liberalisierten EU-Stromnetz nicht in Frage. Die EU hat daher die Kernenergie schon vorsorglich in den Reigen der „grünen Energie“ aufgenommen. Eine riesige „grüne“ Lüge!

Der Ukraine-Krieg beschleunigt diese Prozesse. Aber nicht im Sinn

des Wärmebedarfs in Österreich gedeckt. Doch es verbrennt nicht rückstands frei, sondern belastet durch Ruß, Feinstaub usw..

Wir brauchen eine echte Energiewende, die Menschen und nicht Profite der Konzerne in den Mittelpunkt rückt. Die meisten Politiker*innen stehen auf den Gehaltslisten der Konzerne, auf sie dürfen wir uns nicht verlassen! Wir brauchen demokratische Strukturen der Arbeiter*innenbewegung unter Einbindung von Expert*innen für ein Programm zur Klimarettung. Die Ressourcen sind da, wir müssen sie nur für uns verwenden!

Albert Kropf

Es ist 5 nach 12! Die nötige radikale Energiewende wird es aber im Kapitalismus nicht geben.

Erderwärmung von 1,5° schon 2030 erreicht wird und nicht erst 10 Jahre später. Es bleibt uns nicht mehr viel Zeit!

Lange haben die Konzerne das Klimathema ignoriert, nun haben viele ihre Strategie geändert. Nach außen hin setzen sie

des Klimas, sondern der Konzerne und ihrer Lobbygruppen. Das Ziel: So schnell wie möglich weg vom russischen Gas und Öl. Die Alternative steht in Saudi Arabien bzw. in Form von „Biomasse“ bereit, v.a. Holz. Schon heute wird mit Holz über 40%

Gasausstieg, Fernwärme – wer profitiert

Der Gasausstieg ist mit 2040 beschlossen, Heizöl ausstieg schon 2035. Offen ist, woher stattdessen die Energie kommen soll. 500.000 Haushalte heizen österreichweit mit Öl, 8.000 noch mit Kohle, noch viele mehr mit Erdgas. Alleine 900.000 Gasheizungen gibt es Wien! Großzügig wird so von der Regierung der Subventionstopf über die Speckgürtel mit Eigenheim am Rand der Ballungsräume ausgeleert. Leer ausgehen

werden dafür zum Großteil Menschen, die in den Städten zur Miete wohnen (müssen). Sie haben keine Entscheidungsmöglichkeit, die obliegt den Eigentümer*innen. Wahrscheinlich ist, dass sie dann für ihre alte Öl- oder Gasheizung „Strafe“ zahlen müssen. Schwarz-Grüne Energiepolitik hat damit eine ganz klare Stoßrichtung: Klientelpolitik und eine kräftige Umverteilung von unten nach oben.

Wenn Holz der Rohstoff von morgen ist, ist es spannend zu sehen, wem der Wald gehört: 82% des Waldes sind in Privatbesitz, in der EU der zweithöchste Privatanteil. Davon gehört ein erheblicher Teil Großwaldbesitzern, die vom Holz-Boom profitieren. Neben der katholischen Kirche ein „Who is Who“ des Adels der k.u.K. Monarchie: Mayr-Melnhof, Esterhazy, Habsburg-Lothringen, Liechtenstein, Schwarzenberg, Hoyos ...

Fernwärme wird als eine Hoffnung in der Energiewende verkauft. Keine Frage, sie ist effizienter und ökologischer als der einzelne Hausbrand mit was auch immer. Allerdings braucht Fernwärme eine große Vorleistung in Form von Heizkraftwerken (wo v.a. Gas die Grundlage ist), Leitungen im ganzen Stadtgebiet und dann auch noch die Anschlüsse in den Häusern. Davon ist aber weit und breit nichts zu sehen.

Der rechte Rand

Im Russland-Ukraine-Krieg behauptet Putin, der Einmarsch diene der „Entnazifizierung“. Selenski sagt, die Russen seien die wahren Faschist*innen. Doch beide Seiten haben „ihre“ Nazis.

Die ukrainische Regierung stützt sich u.a. auf das von Neonazis gegründete Asow Regiment. Sie verwenden Nazi-Symbole wie Wolfsangel und schwarzes Sonnenrad und verüben mit einer Straßenpatrouille, der Nationalen Miliz, Gewalt gegen Antifaschist*innen und z.B. Roma. Die Gruppe ist seit 2014 offiziell in die ukrainische Nationalgarde integriert, erhält staatliche Mittel und Waffen.

Auch das russische Regime hat, neben der Unterstützung rechter Parteien in Europa (inkl. FPÖ) seine eigenen Faschist*innen. Die Wagner-Gruppe, Russlands inoffizielle und brutale Söldnergruppe, wurde Berichten zufolge von Dmitri Utkin gegründet, einem Ex-Soldaten mit Nazi-Tötewerungen. Die Gruppe ist eng mit dem Kreml verbunden, wurde nach Hitlers Lieblingskomponisten benannt und wird der Folter beschuldigt. Eine andere Gruppe, die Russische Reichsbewegung, hat Neonazis aus der ganzen Welt ausgebildet, darunter Viktor Melin, der 2017 Bombenanschläge in Schweden verübt. Das Regime unterdrückt auch antifaschistische Bewegungen im eigenen Land brutal.

Für die Bevölkerung sind die Faschist*innen auf beiden Seiten nicht repräsentativ, militärisch sind letztlich eine zusätzliche Gefährdung da sie den Krieg brutaler machen – aktuell und längerfristig. Und die Bewaffnung von Faschist*innen kann in der Zukunft zu einem großen Problem werden.

Dylan Pattillo

Krise, Krieg, KV-Verhandlung

Ende März wurden die Forderungen zu den KV-Verhandlungen in der Elektronik- und Elektroindustrie übergeben. Auftragslage und Gewinne der Branche mit rund 50.000 Beschäftigten sind in der Krise rund um die Coronapandemie stabil geblieben. Trotzdem war der letzte Abschluss mit +2% noch niedriger als bei den Metaller*innen, die zwar um 3,55% stiegen, allerdings im Zuge eines Aufschwungs.

Angesichts der aktuellen Preisexplosionen sind die von der Gewerkschaft geforderten 6% nicht annähernd übertrieben und sollten konsequent verteidigt werden. Die Gewerkschaft darf sich nicht in der sonst üblichen Kuhhandel-Manier runterhandeln lassen. Beide Seiten, die am Verhandlungstisch sitzen arbeiten in der Logik, dass Beschäftigte und Unternehmen gleich von wirtschaftlichen Schwankungen betroffen wären. Die Realität sieht anders aus: Trotz Ukrainekrieg und Unsicherheiten bei Ressourcen und Lieferketten ist die Auftragslage gut. Und wenn es doch Probleme gibt, schreien die Firmen sofort nach der spendablen Hand des Staates. Gewinne der letzten Jahre aber werden nicht thematisiert und entsprechend sollen wir Beschäftigte den Gürtel enger schnallen, falls vorhan-

den, auf unsere Reserven zurückgreifen und die Konsequenzen der angehäuften Schulden tragen.

Wir können jetzt nicht auf bessere Zeiten warten, die Teuerung zieht weiter an und eine baldige nächste Krise ist weit wahrscheinlicher als ein Aufschwung. Und: Die Gewerkschaft darf nicht vergessen, dass aktuell Millionen ukrainischer Arbeiter*innen Richtung Westen flüchten. Die Kapitalist*innen hoffen auf einen billigen Ausweg aus dem Arbeitskräftemangel – wir müssen gemeinsam mit den ukrainischen Kolleg*innen verhindern, dass sie zum Lohndrücken eingesetzt werden. Wir brauchen deshalb eine gesamt-europäisch koordinierte gewerkschaftliche Offensive und einen Kampf der europäischen Arbeiter*innenschaft gemeinsam mit Flüchtenden aus allen Ländern, um die dringend notwendigen Verbesserungen der Arbeitswelt zu erringen. Dafür wäre auch der Zeitpunkt taktisch günstig, da das Schreckgespenst Outsourcing aktuell nicht mehr wirkt. Damit müssen wir sofort anfangen und hier und jetzt für eine ordentliche Anstellung und mindestens + 6% für alle, egal woher sie kommen, kämpfen.

Thomas Hauer
Betriebsrat
in der Elektroindustrie



#streikbereit – mach mit!

Die **enorme Belastung** in der Pflege, verstärkt durch die Pandemie, hat viele Kolleg*innen komplett erschöpft. Viele wollen endgültig aufhören. Aber es gibt

Gewerkschaftsspitzen tragen der Wut und der Verzweiflung in vielen Spitätern, Pflegeheimen und in der Hauskrankenpflege nicht Rechnung. Denen

Statt permanenten Einzelaktionen geht es darum, Streiks für Verbesserungen zu organisieren.

auch viel Widerstand. Trotz Corona gibt es zahlreiche, oft erstaunlich große, Aktionen, Demonstrationen uvm. Von den Kolleg*innen kommt sehr oft die gleiche Botschaft: Keine Zerspragelung mehr! Endlich an einem Tag alle gemeinsam die Arbeit niederlegen.

Hier setzt die Kampagne #Streikbereit an. Denn die

geht es darum, „Zeichen zu setzen“, zu appellieren und mit der Regierung ins Gespräch kommen. Viele Kolleg*innen reicht diese zahnlose Taktik zu Recht nicht mehr: Sie wollen tatsächliche Verbesserungen wie echte Arbeitszeitverkürzung, 10% mehr Gehalt und 20% mehr Personal erkämpfen.

Die kämpferische Basisinitiative „Sozial, aber nicht blöd“ will das auch und lädt daher andere Initiativen und kämpferische Einzelpersonen ein, gemeinsam aktiv zu werden. Gemeinsam fordern wir von den zuständigen Gewerkschaften:

- Einen bundesweiten Aktions- und Streiktag des Gesundheits-, Sozial und Bildungswesens
- Die Erstellung eines Aktionsplans – von der ersten Demo bis zum Streik – um die Anliegen durchzusetzen

**Michael Gehmacher,
Betriebsrat
Arbeitersamariterbund
Wien BSD**

Kurznachrichten aus Betrieb & Gewerkschaft

Gleiche Rechte

Korrektiverweise fordert der ÖGB nicht nur den Zugang zum Arbeitsmarkt für Geflüchtete des Ukraine-Kriegs, sondern auch Maßnahmen gegen Lohndumping – immerhin reiben sich Unternehmen jetzt schon die Hände bei der Aussicht auf verzweifelte und entrichtete neue Arbeitskräfte. Diese Forderungen stellen ein erfreuliches Abweichen vom üblichen Standort-Nationalismus dar, der letztendlich allen Beschäftigten schadet. Doch es ist zu befürch-

ten, dass die ÖGB-Führung bald wieder ins alte Muster zurückkippt. Jetzt gilt es in der Gewerkschaft dafür zu kämpfen, dass der ÖGB dies nicht nur jetzt und punktuell, sondern generell für alle Geflüchteten unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus fordert – und somit dem Standort-Nationalismus konsequenten Internationalismus im Interesse aller Arbeiter*innen entgegengesetzt.

Spenden & Kämpfen

Der **ÖGB** organisiert anlässlich des Ukraine-Kriegs gewerkschaftliche Hilfstransporte mit Tonnen an Lebensmitteln, Medikamenten, Heizstrahlern etc. und übergibt sie den ukrainischen Gewerkschaften. Das ist eine richtige Initiative – sie zeigt das Potential internationaler Zusammenarbeit der Arbeiter*innenbewegung, unabhängig von kapitalistischen Regierungen aller Kriegsfraktionen. Das ist auch unbedingt notwendig, denn nicht bei Putin

ist ein erklärter Feind der Arbeiter*innenregierung. Auch Selenskis Regierung startete noch im Oktober 2021 einen Großangriff auf Gewerkschaften in der Ukraine, inklusive der Enteignung von Gewerkschaftseigentum und der Zerschlagung von Kollektivverträgen.

Doch das Potential einer internationalen Zusammenarbeit unabhängiger Arbeiter*innenorganisationen kann nur ausgeschöpft werden, wenn es nicht bei karita-

tiven Spenden bleibt; es braucht internationale gewerkschaftliche Kampagnen gegen Krieg und Aufrüstung sowie konkrete Streiks und Blockaden gegen Waffenlieferungen etc. So können wir eine von allen Imperialismen unabhängige internationale Arbeiter*innenbewegung aufbauen und die imperialistischen Kriegsträger stoppen. Nur so kann den Menschen in der Ukraine langfristig geholfen werden.



Wir brauchen unsere eigene Zeitung!

Message Control, Inseratenvergaben und Umfragenaffäre zeigen: Die Regel „Geld ist Macht“ gilt besonders für die Medien. 2020 flossen rund 67 Mio. Euro von der Regierung zu den Medien, also mehr als doppelt so viel wie sie 2021 für

auch rassistische und sexistische Propaganda.

Aber auch ohne großzügige Förderungen durch den Staat sind Medien v.a. eines: Profitorientierte Konzerne in den Händen der Reichen. So hinterließ der verstorbene Kro-

Gerade bei Arbeitskämpfen herrscht nur zu oft Schweigen im Blätterwald, während mit Ablenkungen a la Promi-Hochzeiten nicht gezeigt wird.

Die Arbeiter*innenbewegung hat

„Wer zahlt schafft an!“ (Thomas Schmid) gilt besonders für die Medien.

Frauen und Gewaltschutz bereitstellte. Die Hälfte macht die völlig intransparente Vergabe von Inseraten aus, womit Medienhäuser direkt für politisch gewünschte Berichterstattung bezahlt werden; Kurz hat das nicht erfunden, aber intensiviert. So bekamen Kronen-Zeitung und „Österreich“ mit 27,2 Mio. Euro mit Abstand am meisten. Damit finanziert die Regierung real

ne-Gründer Dichand 750 Mio. Euro. Sie werden letztlich immer im Interesse Ihresgleichen und des Systems, das sie begünstigt, berichten. Karl Marx meinte sinngemäß: „Die herrschende Meinung ist die Meinung der Herrschenden.“

Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass viele soziale Bewegungen und Proteste in den etablierten Medien kaum Erwähnung finden.

aus der Erkenntnis, dass es keinen „objektiven“ Journalismus gibt, eine reiche Tradition an eigenen Medien: Arbeiter*innen-, Gewerkschafts- und Parteizeitungen, mit eigenen Analysen, Erklärungen und Aufrufen. Aber auch im Kleinen bringen z.B. Betriebsräte oder auch Bewegungen eigene Zeitungen heraus, um ihre Sicht der Dinge unter die Leute zu bringen.

Dass dieses Konzept keineswegs out of date ist, zeigt u.a. der Netflix-Film „Moxie“ (2021): Darin beschließt eine Schülerin aus Wut über den Sexismus an ihrer Schule, selbst eine Zeitung zu basteln. Schnell wird das Heft zum Dreh- und Angelpunkt für Widerstand gegen die Zustände.

Auch Lenin beschreibt den Zweck der Parteizeitung nicht nur zur Verbreitung von Ideen, sondern auch als „kollektiver Organisator“, also ein Mittel, um den Kampf zu organisieren. Die Zeitung soll nicht nur Debatten abdrucken, sondern Antworten auf aktuelle Fragen geben und Aktivist*innen helfen, mit streikenden/protestierenden Arbeiter*innen in Diskussion über nächste Schritte zu kommen.

VORWÄRTS stellt sich dieser Aufgabe seit 1983. Von Anfang an finanziell und damit politisch unabhängig, ist sie mittlerweile die am längsten durchgängig erscheinende sozialistische Zeitung Österreichs. Doch es wird wiedermal Zeit für ein neues Design. Schon die nächste Ausgabe erscheint im neuen Look!

Schließe also jetzt ein Abo ab und wir schicken sie dir zu! Denn ein unabhängiger Standpunkt braucht auch eine eigenständige Finanzierung. Wir haben keine Sponsoren oder andere Geldgeber*innen. Der Verkauf unserer Zeitung finanziert unsere politische Arbeit mit. Das kannst du unterstützen!

Jan Millonig

Kein Fußball den Oligarchen

Während der russische Oligarch mit Blut an den Händen, Roman Abramovich, „seinen“ FC Chelsea im Zuge der Sanktionen aufgrund des Ukraine-Kriegs verlor, reißen sich andere Oligarchen mit Blut an den Händen nach wie vor neue Top-Clubs unter die Nägel. So übernahm etwa der saudi-arabische „Public Investment Fund“ im Oktober 2021 Newcastle United (NUFC). Der Club gehört somit nun der su-

perreichen Mörderclique rund um Diktator Mohammed bin Salman. Die neuen Eigentümer und das Management reiben sich bei der Aussicht auf jede Menge Profite dank der Blutgeld-Spritze die Hände, doch Fans an der Basis lassen sich nicht kaufen und organisieren Widerstand. Eine wichtige Rolle dabei spielt ISA-Aktivist und NUFC-Fan John Hird. Er ko-initierte die Fan-Kampagne „Sack the Saudi Dictators

– reclaim the game and NUFC!“ Die Kampagne kämpft für einen Fußball, der für den Sport und die Fans da ist – und nicht für die Profite verbrecherischer Superreicher. John hat auch einen Blog eingerichtet, auf dem er regelmäßig über die Verbrechen der neuen NUFC-Eigentümer und den Stand der Kampagne berichtet:

blackwhitered.wordpress.com

ÖAuWeh

Heinz Faßmann hat einen neuen Job. Er ist nun Präsident der prestigeträchtigen Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW). Als Bildungs- und Wissenschaftsminister der ÖVP hat er weder etwas für Bildung noch für Wissenschaft getan – dafür viel für Sebastian Kurz und seine Freund*innen in Politik und Wirtschaft. Geht es der ÖAW also um wissenschaftliche Integrität, oder doch eher um gute Polit-Connections?

ROSA-TikTok

ROSA, die sozialistisch-feministische Kampagne der SLP, goes TikTok! Ob Statements zu aktuellen politischen Themen, Aufrufe zu kommenden Protesten oder Berichte direkt von Aktionen – Der Account ist kaum einen Monat alt, bietet jedoch regelmäßigen neuesten Content und hat bereits tausende Views. Bleib auch du auf dem Laufenden und folge uns auf TikTok unter [@rosa_oesterreich!](https://www.tiktok.com/@rosa_oesterreich)

Wien, Linz, Graz: ROSA am 8. März

Zum 1. Mal fand in Wien am Frauentag ein Schulstreik statt. Über 150 Schüler*innen versammelten sich am Platz der Menschenrechte. In Reden wurde klargemacht, um was es geht: Protest gegen Krieg, gegen Sexismus an Schulen, Streiken für bessere Bedingungen im Sozialbereich, Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, Abschaffung des Systems, aus dem Gewalt gegen Frauen hervorgeht. Die Kundgebung wurde weiter zum Ballhausplatz geführt, wo gleichzeitig die Angelobung des neuen Gesundheitsministers stattfand, von dem lautstark "Mehr Personal in Pflege und Spital" gefordert wurde.

Vor Ort ergriffen auch einige Schüler*innen spontan das Mikrofon und hielten kurze Reden. Auch wenn die Direktorin der Rahlgasse meinte, die Schüler*innen wüssten nicht, warum sie hier wären: Es war eindeutig zu erkennen, dass tatsächlich jede Person vor Ort hinter den Themen gestanden ist und die Forderungen unterstützt.

Gemeinsam mit einigen dieser Schüler*innen bildeten Aktivist*innen der SLP und von ROSA einen kämpferischen Block auch auf der Demonstration am Abend in Wien Mitte. Insgesamt über 5.000 Teilnehmer*innen machten die zunehmende Be-

deutung dieses Tages klar. Besonders viel Interesse gab es an der neuen ROSA-Zeitung, von der alleine in Wien mehr als 100 Stück verkauft wurden, in ganz Österreich an diesem Tag über 200. Ebenfalls wurde das brandneue SLP-Frauenprogramm erfolgreich über 50 Mal verkauft.

Zum 3. Mal organisierte der Zusammenschluss "Do It Yourself: Frauentag Linz" die Demo. Sie war stark von Jugendlichen geprägt, die teilweise zum ersten Mal auf eine Demo gingen. In einer Rede wurde eingeladen, sich mit Rosa und der ISA international gegen Unterdrückung und Krieg zu organisieren.

Weitere Proteste gab es auch in Graz. Viele Interessierte kamen an den ROSA-Stand und spendeten und redeten mit uns. Der Protestzug selbst war sehr energiegeladen. ROSA hatte auch hier einen Pflege-Block initiiert, der die Aufmerksamkeit auf Fragen wie Personalmangel und Streiks warf.

Auf den Protesten wurde auch zur dann gutbesuchten ROSA-Konferenz am 12. März eingeladen. Auch zwei internationale Gäste waren vor Ort. Motiviert wurde in 2 Plenas und 6 Arbeitskreisen von den Teilnehmer*innen aus 4 Bundesländern diskutiert.

Jan Wottawa



Kindergarten im Widerstand

Am 21. März rief die Gewerkschaft younion unter #wirbelmachen österreichweit bekannte Probleme auf - es

In den Reden wurden zwar die allen Teilnehmenden bekannten Probleme aufgezählt, auch dass man

reagierte positiv auf die Forderung nach einem gemeinsamen Streik der Elementarpädagogik. Und die

Younion-Demo der Kindergärten und Horte: Führung schreit nach Liebe, Basis ist streikbereit

ging um die unerträglichen Arbeitsbedingungen in Kleinkindergruppen, Kindergärten und Horten. SLP-Aktivist*innen nahmen an den Kundgebungen in Wien, Linz und Salzburg teil. Alle Protesten waren kleiner als im Herbst 2021, in Linz und Salzburg sehr klein, in Wien spürte man die Enttäuschung darüber, dass schon wieder getrennt von den Kolleg*innen in den privaten Kindergärten protestiert wurde.

„den Druck erhöhen“ werde, aber die Strategie beschränkt sich dabei auf weitere Kundgebungen dieser Art. „Streik“ als einer der nächsten Schritte wurde nicht einmal angedeutet.

Im Gegensatz dazu reagierten viele Teilnehmer*innen positiv auf die Schlagzeile der VORWÄRTS „Wir sind streikbereit“, nahmen die Forderung nach einem Streik auf bzw. sprachen sie offensiv selbst an. So gut wie al-

bisherige Strategie von Gewerkschaftsführung und FSG-dominierten Personalvertretungen kam ihnen mehr als nicht angemessen vor. Dutzende Unterschriften, die die Gewerkschaft zu einem gemeinsamen Streiktag der Beschäftigten im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich aufrufen, sind Ausdruck davon - und stehen im Widerspruch zur bremsenden Haltung der Gewerkschaftsführung.

Oliver Giel

Streiken lernen geht auch im Theater



Am 6.3. luden Kosmos Theater, Schauspielhaus Wien und „Sozial, aber nicht blöd“ zu einer einzigartigen Veranstaltung: Aktivist*innen der Berliner Krankenhausbewegung trafen auf Beschäftigte des Gesundheitswesens aus Wien und Umgebung. Die Kolleg*innen von Vivantes berichteten wie ein Streik konkret organisiert werden kann. Die SLP war mit mehreren Betriebsräte*innen und Beschäftigten aus dem Pflege- und Sozialbereich dabei

- und mit unserer Streikbroschüre, die auf reges Interesse stieß sowie der Einladung zum Schulstreik am 8.3.. Ella, Krankenpflegerin und SLP-Mitglied sagt zur Veranstaltung: "Ich fand sehr cool, dass die Kolleg*innen aus Berlin klar gemacht haben, dass es eine gemeinsame Bewegung in Krankenhäusern braucht, wo alle Berufsgruppen beim Streik selbst und der Organisation davon beteiligt sind."

Andere über uns stand.punkt

Wie Linke in Österreich ukrainischen Flüchtlingen helfen

Die Reportage „Wie Linke in Österreich ukrainischen Flüchtlingen helfen“ von standpunkt.press hebt auch die Arbeit der SLP hervor: „Sie sammelt jetzt in Österreich Spenden für Antikriegsproteste von Sozialist*innen und Gewerkschafter*innen in Russland, mit denen die Partei in Kontakt steht.“

Jetzt spenden unter: IBAN: AT25 6000 0000 0881 2733/ BIC: OPSKATWW/ Verwendungszweck „Antikrieg in Russland“

VORWÄRTS SCHWERPUNKT



Ihre Kriege – Unser Widerstand

Seit Februar erreichen uns täglich neue bedrückende Nachrichten über das Leid der ukrainischen Bevölkerung durch den Angriffs-krieg des Putin-Regimes. Es ist die größte kriegerische Auseinandersetzung in Europa seit langem. Die Überraschung bürgerlicher Kommentator*innen darüber, dass Krieg mitten in Europa nach 1945 überhaupt möglich ist, offenbart jedoch ihre eigene zynische Ignoranz. Vor weniger als 30 Jahren stürzte der Jugoslawien-krieg (mit fleißiger Unterstützung westlicher Großmächte) eine ganze Region ins Chaos – seither stehen EUFOR-Truppen, auch österreichische, vor

Kriege" und 21 "Kriege". Für große Teile Afrikas und des Nahen und Mittleren Ostens stellen Perioden des Friedens seit Jahrzehnten bis Jahrhunderten nur Atempausen dar – zwischen den Eroberungskriegen des Kolonialismus und den Stellvertreterkriegen von Milizen und Warlords und ihren neokolonialen Finanziers mit geopolitischen Interessen. Seit dem 2. Weltkrieg wurden 70 Millionen Menschen aufgrund von Kriegen bzw. bewaffneten Konflikten getötet, unzählige Menschen wurden durch Kriege zur Flucht gezwungen.

All diese Gewalt ist weder "natürlich" im Menschen ver-

sequenz. Seit der Weltwirtschaftskrise 2008 – und massiv beschleunigt durch die Corona-Krise – implodiert die neoliberalen Globalisierung. Immer weniger gibt es durch die globale Vernetzung von Märkten und Handelsabkommen zu gewinnen; immer mehr schreiten Blockbildung und "De-Globalisierung" voran. Den größten Ausdruck findet dieser Prozess im "neuen kalten Krieg" zwischen den USA und China. Konzerne und ihre Staaten konzentrieren sich darauf, die eigene Position zu festigen und sich die profitablen Märkte, die noch in Reichweite sind, auf Kosten anderer unter den Nagel zu reißen und durch "Nearshoring" in der eigenen Ein-

en in Europa. Wenn er von "russischen Sicherheitsinteressen" redet, meint er damit ausschließlich Teile des russischen Kapitals. Für diese "Sicherheitsinteressen" musste nicht nur die russische Bevölkerung als Ganze mit fehlenden demokratischen Rechten und fallenden Lebensstandards zahlen, sondern die Bevölkerungen in Südossetien und Tschetschenien massenhaft mit ihrem Leben. Wenn jedoch Selenski jetzt als heldenhafter Verteidiger der Demokratie und der ukrainischen Bevölkerung inszeniert wird, wird ignoriert, dass er noch im Oktober 2021 verantwortlich für Angriffe auf Gewerkschaften und Arbeiter*innenrechte war und die Ukraine selbst eines der sozial ungleichsten Länder der Welt ist.

Westliche Staaten behaupten, die Demokratie in der Ukraine und deren staatliche Souveränität zu verteidigen; doch sie haben kein Problem damit, wenn das NATO-Mitglied Türkei Massaker an der kurdischen Bevölkerung begeht und seit Jahren kurdische Regionen bombardiert. Auch die brutale Diktatur in Saudi-Arabien ist seit Jahrzehnten enger Verbündeter des "demokratischen" Westens. Seit 2012 hat sie sogar einen Sitz im Gemeinsamen Lenkungsausschuss der NETMA, der "NATO Eurofigh-

ter and Tornado Management Agency" und kann sich über Mitsprache und Stammkundenrabatt bei NATO-Waffen freuen. Den Krieg, den Saudi-Arabien seit 7 Jahren im Jemen führt, bezeichnet die UNO als "größte humanitäre weltweite Katastrophe weltweit" – doch das scheint auf Regierungsbüros, in Redaktionsräumen und Vorstandsetagen niemanden zu interessieren. Und dann ist da noch die Heuchelei Bidens und der USA, die sich wieder als Weltpolizei inszeniert; viele werden sich noch erinnern können, dass die angeblichen Massenvernichtungswaffen, die die Mächtigen der USA im Irak vor 20 Jahren sahen, nie-mals gefunden wurden – dafür kostete der imperialistische Griff nach geopolitischer Macht und billigem Öl Hunderttausende das Leben und stürzte die ganze Region für die kommen den Jahrzehnte in Chaos und Gewalt.

Auf der ganzen Welt empören sich Menschen nicht nur über Putins Krieg, sondern auch über die Heuchelei seiner imperialistischen Konkurrent*innen und die neue Welle globaler Aufrüstung. Doch wie können wir diesen Krieg stoppen und zukünftige verhindern? Dieser Frage geht dieser Vorwärts-Schwerpunkt nach.

**Karin Wottawa und
Sebastian Kugler**

Wessen Kriege werden geführt, um welche Interessen geht es und kann es überhaupt Gewinner*innen geben?

Ort und sichern die Profitinteressen europäischer Konzerne.

Die Statistik zeigt, dass Kriege bzw. bewaffnete Konflikte im Kapitalismus an der Tagesordnung sind. Das "Conflict Barometer" des Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung (HIIK) registrierte für 2020 z.B. 180 "gewalt-same Krisen", 19 „begrenzte

ankert noch das Werk einzelner Bösewichte – sie ist Produkt des kapitalistischen Systems. Fern davon, Frieden, Demokratie und Wohlstand zu bringen, bedeutet Kapitalismus den gnadenlosen Kampf um Profite. Imperialismus – die Aufteilung der Welt und der Märkte unter den mächtigsten Wirtschafts- und Militärmächten zum möglichst profitablen Export ihres Kapitals – ist die logische Kon-

flusssphäre zu behalten. Gebiete, die in Grauzonen verschiedener Einflusssphären liegen, werden daher bevorzugt zu Kriegsschauplätzen – vom Balkan 1912/1913 und dann wieder in den 1990ern über Syrien seit 2011 bis zur heutigen Ukraine.

Putin behauptet, die Ukraine zu denazifizieren – unterstützt aber selber Neonazis in Russland und rechte Partei-

Unsere Toten – Ihre Profite

Aktienkurs des deutschen

Waffenherstellers Rheinmetall AG

zwischen März 2021 und März 2022



Zahlen und Fakten

Viele Zahlen sind überholt:

Durch die kürzlich angekündigten Aufrüstungspakete verstärkt sich die Tendenz

➤ **2018** betrug das globale Militärbudget 1,82 Billionen US-Dollar – also fließt jeder 47. weltweit ausgegebene Dollar ins Militär.

➤ **Obwohl** es wenig genaue Zahlen gibt, sind Militär- und Rüstungsindustrie ein riesiger Faktor beim CO² Ausstoß. Einige Forscher*innen halten die US-Armee für den größten Einzelmittenten der Welt, die mehr CO² produziert als Industrieländer wie Schweden. Allein der Irakkrieg hat einen geschätzten CO² Ausstoß im Umfang von 25 Millionen Autos jährlich auf den Straßen der USA.

➤ **82,4 Millionen** Menschen waren zum Jahresende 2020 weltweit auf der Flucht. 68% der Flüchtlinge kommen aus nur fünf Ländern: Afghanistan 2,6 Millionen, Südsudan 2,2 Millionen, Myanmar 1,1 Millionen, Venezuela 4 Millionen und Syrien 6,7 Millionen.

➤ **Die Zahl** der Kriege ist im vergangenen Jahr nach Angaben des Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung (HIIK) auf den höchsten Wert seit 2014 gestiegen. Das Konfliktbarometer 2020 registrierte 21 Kriege nach 15 im Jahr

zuvor. Darunter waren 13 fortgesetzte Kriege.

➤ **Bereits vor** dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine beobachteten die Stockholmer Friedensforscher*innen einen Trend für zunehmende Rüstungsumporte nach Europa. Demnach stiegen die dortigen Einfuhren 2017–21 um 19 % im Vergleich zu den fünf Jahren davor – das war im Schnitt der höchste Zuwachs weltweit, an der Spitze steht Deutschland.

➤ **Auch das** ist Imperialismus: In der Ukraine gibt es 200 Niederlassungen österreichischer Unternehmen, in Russland 650, darunter 13 systemrelevante Banken. Allein die Raiffeisenbank hat 390 Geschäftsstellen in der Ukraine, die Bilanzsumme der RBI beträgt 18,7 Milliarden Euro. Das Exportvolumen der metalltechnischen Industrie beträgt rund 130 Mio. Euro/Jahr.

➤ **Karl Nehammer** kündigt an, das Budget für das Bundesheer mindestens auf 1% des BIPs erhöhen zu wollen. Das würde aktuell eine Anhebung von rund 2,7 auf 4,3 Milliarden Euro bedeuten – d.h. jährlich 1,6 Milliarden mehr. Das entspricht 7x der für den Gewaltschutz geforderten Summe. Für den Corona-Bonus für das Pflegepersonal wurden gerade einmal 100 Millionen in die Hand genommen.



Weder Krieg noch

„Jetzt stehen wir vor der eherne Tatsache des Krieges.“, erklärte Hugo Haase, Parteivorsitzender der SPD, am 4. August 1914 vor dem deutschen Parlament: „Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei ei-

Regime in Russland nicht tatsächlich ein durch und durch reaktionäres und brutales? Unterdrückte es nicht ganze Nationen – nicht zuletzt die Ukraine – und hielt sein eigenes Volk entrichtet und in Armut? Und muss man

delt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes“. Und das ist der zentrale Punkt: Wenn im Kapitalismus große Machtblöcke aneinandergeraten – etwa Russland

Die Geschichte revolutionär-sozialistischer Kriegsgegner*innen birgt wichtige Lehren für heute.

nem Sieg des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes befleckt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. [...] Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die geforderten Kriegskredite.“

Die SPD war damals das Flaggschiff der internationalen Arbeiter*innenbewegung, die sich das Ende von Krieg und Ausbeutung auf die Fahnen geschrieben hatte. Mit der Erklärung von Haase warf sie all das über Bord und gab grünes Licht für das Massenschlachten des 1. Weltkriegs. Auf Kritik oder gar den Kampf gegen die eigenen Herrschenden verzichtete man – das nannte man „Burgfrieden“ (wenn die Burg von außen angegriffen wird, müssen alle im Inneren zusammenhalten).

Für manche mag Haases Argumentation – insbesondere heutzutage – gar nicht so absurd klingen. War das zaristische

nicht auch heute sich gegen Putins Regime und den kriegerischen russischen Imperialismus stellen? Auf jeden Fall, antworteten damalige und heutige revolutionäre Sozialist*innen – doch wer ist „man“, und welche Ziele verfolgt „man“ tatsächlich?

1914 erhob der deutsche Sozialist Karl Liebknecht als einer von ganz wenigen die Stimme gegen die Kriegskredite. War Liebknecht ein „Zaren-Versteher“? Keineswegs. Als revolutionärer Sozialist stand er an der Seite der deutschen und der russischen Arbeiter*innenbewegung und der Bolschewiki, die gegen das Regime kämpften. Doch Liebknecht erkannte, dass es dem deutschen Staat (und dem österreichischen) keineswegs um Freiheit und Menschenrechte ging. In seiner Rede gegen Kriegskredite hielt er fest: „Dieser Krieg, den keines der beteiligten Völker selbst gewollt hat, ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen Volkes entbrannt. Es han-

(bzw. im Hintergrund China) und die NATO – dann ist keiner davon der „Gute“, auf dessen Seite Sozialist*innen sich stellen könnten. Den Herrschenden auf beiden Seiten geht es um Marktanteile, Ressourcen, Anlagemöglichkeiten und Stützpunkte für ihre jeweiligen imperialistischen Blöcke, egal, ob sie ihre Kriege im Namen „historischer nationaler Ansprüche“ oder von „Freiheit und Demokratie“ führen.

Imperialistische Kriege sind die Fortsetzung imperialistischer Wirtschaftspolitik mit anderen Mitteln. Deswegen ist es auch zu wenig, bei einem abstrakten Pazifismus stehen zu bleiben und „die Waffen nieder!“ zu rufen. Appelle an die Herrschenden, doch bitte „zum Verhandlungstisch zurückzukehren“ ignorieren die strukturelle Krise des Kapitalismus, welche die Herrschenden überhaupt erst dazu gebracht hat, übereinander herzufallen – und legen die Verantwortung für den Frie-

Bild: Verbrüderung gegnerischer Frontsoldaten im 1. Weltkrieg

sch Burgfrieden

den in deren Hände, an denen noch das Blut der Kriegsopfer klebt. Solche Appelle sind deshalb auch zur Wirkungslosigkeit verdammt. Aus diesen Gründen kritisierte Liebknechts Verbündete Rosa Luxemburg bereits 1915 jene Kriegsgegner*innen, die Illusionen in „diplomatische Abmachungen über ‚Abrüstung‘“ sowie

Diese Perspektive schien 1915 nicht weniger uto-pisch als heute – die großen Organisationen der Arbeiter*innenklasse hatten sich allesamt vor den nationalistischen Karren spannen lassen, die Sozialistische Internationale war de facto zusammengebrochen. Die Kriegsgegner*innen pass-ten, als sie sich zu ei-

der die Bevölkerung wurde, desto mehr stieg die Unterstützung für das bolschewistische Friedensprogramm. Schließ-lich gelang der russischen Arbeiter*innenklasse unter der Führung der Bolschewiki durch die Russische Revolution das, was die deut-schen und österreichen-schen Imperialist*innen

Der einzige Ausweg aus dem Teufelskreis imperialistischer Konflikte heißt Sozialismus.

„nationale Pufferstaaten und dergleichen“ hatten – unter ihnen übrigens der „geläuterte“ Hugo Haase. Gibt ihr nicht die heutige Situation recht, die das jahrzehntelange Gerde über Abrüstung ange-sichts blitzschneller Rekord-Rüstungsausgaben als hohle Phrase entlarvt? Ist nicht gerade der „Pufferstaat“ Ukraine zum Auslöser dieses weltweiten Konflikts geworden?

Luxemburgs Alternative ist klar: „Imperialismus, Militarismus und Kriege sind nicht zu be-seitigen oder einzudäm-men, solange die kapi-talistischen Klassen un-bestritten ihre Klassen-herrschaft ausüben. Das einzige Mittel, ihnen er-folgreich Widerstand zu leisten, und die einzige Sicherung des Weltfrie-dens ist die politische Ak-tionsfähigkeit und der re-volutionäre Wille des in-ternationalen Proleta-riats, seine Macht in die Waagschale zu werfen.“

ner geheimen Konferenz im Schweizer Zimmerwald trafen, in vier Pfer-dekutschen. Sie wussten, dass sie gegen den Strom schwimmen mussten – sie wussten aber auch, dass die Strömung sich früher oder später umkeh-ren würde. Egal wie groß die Begeisterung anfangs war – bislang hat noch je-der imperialistische Krieg Unmut, Widerstand, Massenbewegungen und so-gar Revolutionen der „ei-genden“ Bevölkerung provoziert. Diese Perspek-tive hatten auch die damaligen revolutionären Sozialist*innen, allen voran Lenin, Trotzki und die Bolschewiki. Wie Liebknecht und Luxemburg in Deutschland kämpften sie gegen den Krieg, in-den sie den „Burgfrieden“ bekämpften. Lenin pro-pagierte die „Fraternisie-rung (Verbrüderung) der Frontsoldaten aller krieg-führenden Nationen“ und den Sturz des Zaren sowie der russischen herrschen-den Klasse. Je kriegsmü-

vorgegeben hatten errei-chen zu wollen: Der Sturz des „russischen Despo-tismus“. Die gerade noch verfeindeten imperialistischen Kriegsparteien ver-bündeten sich übrigens rasch gegen die Revoluti-on und zur Unterstützun-der alten russischen Herr-schenden. Doch zu ihrem Schrecken beendete die Revolution 1917 nicht nur die Zarenherrschaft, son-dern gemeinsam mit den von ihr inspirierten revo-lutionären Bewegungen in Mitteleuropa 1918 auch den Weltkrieg und das deut-sche und österreichi-sche Kaiserreich.

Wenn heute der neue Zar Putin vom Wiederau-ferstehen des russischen Kaiserreichs träumt und der neue Hugo Haase Olaf Scholz 100 Milliarden Eu-ro für die Aufrüstung des westlichen Imperialis-mus locker macht, dann kämpfen heute die neuen Liebknechts, Luxemburgs und Lenins für ein neues 1917.

Sebastian Kugler



Marx aktuell

Viele fragen sich momentan, warum dieser Krieg begon-nen hat und wie wir ihn beenden können – die Antwor-ten auf diese Fragen werden beim Betrachten der zugrun-deliegenden gesellschaftlichen Systeme plötzlich viel deutlicher.

Kapitalist*innen und kapitalistische Staaten stehen im erbarmungslosen Konkurrenzkampf untereinander um Macht und Märkte. Dieser Kampf geht in keiner Wei-se friedlich vor sich. Auch diesmal können wir erkennen, dass die wahren Gründe des Kriegs in der Einforderung des unumgänglichen Wachstums des Kapitals liegen. Dieses Wachstum war in bzw. für Russland sowie ande-re imperialistische Mächte immer weniger möglich, wes-halb eine, zynisch gesagt, „Sicherung“ von Einflussphä-ren notwendig wurde.

Kapitalistische Konkurrenz und imperialistische Krie-

Prostitution und Klassengesellschaft

ge bedeuten für die Arbeiter*innenklasse letzten Endes nur Ausbeutung und Unterdrückung. Die imperialisti-schen Interessen der Großmächte, aber auch die Profitin-teressen der ukrainischen Oligarch*innenklassen, waren vor dem Krieg wichtiger als die Bedürfnisse der ukraini-schen und russischen Arbeiter*innenklasse und werden es auch danach wieder sein.

Das bedeutet: Selbst wenn die ukrainische Regie-rung/Armee siegt, ist es nur ein halber Sieg, denn auch dann wären die Leben vieler Ukrainer*innen weiter-hin nicht „frei“, sondern eben abhängig von den Ent-scheidungen ukrainischer, europäischer oder amerika-nischer Kapitalist*innen. Verstärkt gilt Gleichtes bei ei-nem Sieg Russlands mit russischen oder chinesischen Kapitalist*innen.

Marx & Engels erkannten bereits früh, dass die wahn-en Grenzen in dieser Gesellschaft nicht zwischen Na-tionen oder verfeindeten Kapitalfraktionen verlau-fen, sondern zwischen der Kapitalist*innen- und der Arbeiter*innenklasse. Diese Erkenntnis bringt uns sehr viel näher zur Antwort auf die Frage des Endes des Kriegs. Sie liegt im Aufbau einer von den kapitalistischen Kriegs-parteien unabhängigen politischen Kraft der internatio-nalen Arbeiter*innenklasse. Engels schrieb dazu: „die Politik, auf die es ankommt, muss eine proletarische Po-litik sein; die Arbeiterpartei darf sich nicht als Schwanz irgendwelcher Bourgeoisparteien, sondern muss sich vielmehr als unabhängige Partei konstituieren, die ihr eignes Ziel, ihre eigne Politik hat.“ (Engels: Über die die politische Aktion der Arbeiterklasse)

Dies bezeichnen Sozialist*innen als proletarischen Klas-senstandpunkt. Die Befreiung der Arbeiter*innenklasse kann nur als international geführter Kampf gelingen. Wir müssen nicht nur unsere Solidarität gegen den Krieg kundtun, sondern diese auch durch Taten und Anstrengungen gegen die hiesige Obrigkeit untermauern, indem wir eine internationale proletarische Antikriegsbewe-gung aufbauen, die sich v.a. auch gegen die jeweils „eige-ne“ herrschende Klasse richtet. Die Kosten dieses Krie-ges werden auf uns genauso zurückfallen, sollten wir dies nicht tun!

Severin Berger

Zum Weiterlesen

Der grundlegendste Text zur Frage eines unab-hängigen proletarischen Klassenstandpunktes bleibt das **Manifest der Kommunistischen Partei** von Karl Marx und Friedrich Engels aus dem Jahr 1848. Bestellen unter: slp@slp.at



Klassenkampf von unten stoppt Krieg & Ausbeutung!

Für die Bolschewiki war im 1. Weltkrieg klar, dass die Arbeiter*innenklasse die Kosten des Krieges zahlen musste: Durch Hunger, Armut und Not zu Hause und durch ihre Leben an der Front. Diesen Zusammenhang fassten die Bolschewiki in ihrer zentralen Parole "Frieden, Land, Brot" zusammen. Sie machten klar, dass der Kampf um Frieden direkt mit einem

Novemberrevolution und anderen Bewegungen in Europa folgten und so das Ende des Krieges einlieferten. Leider gelang es nicht, den Kapitalismus in ganz Europa zu stürzen, dessen Widersprüche nur 20 Jahre später den 2. Weltkrieg hervorbrachten.

Auch im Vietnamkrieg führte der Widerspruch zwischen der Heuchelei der US-Herrschenden von "Demokratie und Freiheit" und

und jede andere soziale Ungleichheit - unabhängig von "unseren" Herrschenden, denen unsere Interessen und Leben genauso egal sind wie die der ukrainischen und russischen Bevölkerung. Nur durch eine Bewegung, die den Kampf gegen jeden Imperialismus (egal ob Russland, USA, China oder EU) mit einem Kampf um soziale Verbesserungen und eine sozialistische Alterna-

ße, es gibt erste Streiks gegen die ökonomischen Auswirkungen - diese Proteste sind die Keimzellen, um den Krieg "zu Hause" zu besiegen, ähnlich wie den 1. Weltkrieg und den Vietnamkrieg. Auch in der Ukraine wehrt sich die Bevölkerung gegen den Einmarsch (Traktoren schleppen Panzer ab, Massenproteste in besetzten Städten und durchaus wirkungsvolle Appelle an einfache russische Soldat*innen), so ein Widerstand von unten, der demokratisch organisiert ist, wäre auch die beste Antwort auf den russischen Einmarsch. Aber umso mehr ausländische Söldner*innen und ukrainische Faschist*innen (und ihre Methoden) den Krieg dominieren, umso eher entwickelt sich ein Krieg, der durch seine umfassende Zerstörung das Leiden erhöht und die ukrainische Arbeiter*innenklasse atomisiert.

In Österreich müssen wir alles dafür tun, um diese Proteste zu unterstützen und uns aber gleichzeitig gegen jede imperialistische Zuspitzung (Waffenlieferungen, Aufrüstung, Sanktionen, Truppenverschiebungen) wenden und uns dagegen wehren, dass die Kosten des Krieges auf Arbeiter*innenklasse und Jugend abgeladen werden. Konkret kann das be-

deuten: Kämpfe für drastische Lohnerhöhungen, gegen Stellenabbau und für Preiskontrollen. Kämpfe für mehr Geld für Gesundheit, Bildung, Soziales und Klima statt für Aufrüstung. Kämpfe für die Aufnahme von Geflüchteten, unabhängig davon, ob sie als Folge der russischen Bomben flüchten, oder aus dem von den USA hinterlassenen Trümmerfeld in Afghanistan und dem Irak oder als russische und ukrainische Deserteure nicht für ihre Regierungen und ihre Oligarch*innen sterben wollen. Wir kämpfen gegen die Auswirkungen dieses Krieges auf Frauen durch Armut und Menschenhandel in die Prostitution. Umso weiter imperialistische Zuspitzung - auf unseren Rücken - forschreitet, umso mehr Menschen werden dazu bereit sein, sich dagegen zu wehren. Eine Antikriegsbewegung, die wir auf dieser Basis aufbauen, hat nicht nur die beste Chance, diesen Krieg zu beenden. Der Kampf um eine Internationale Sozialistische Alternative ist auch der einzige Weg sicherzustellen, dass Arbeiter*innen einander nie wieder für die Profitinteressen der Herrschenden umbringen müssen.

Christoph Glanninger

Wir verteidigen nicht „unsere“ Ausbeuter gegen andere, sondern organisieren Klassenkampf gegen Ausbeutung!

Kampf um ein gutes Leben und dem Sturz des Zarenreichs zusammenhängt. Das ermöglichte es den Bolschewiki, die aktivsten Teile der Arbeiter*innenklasse und Bäuer*innenschaft hinter sich zu sammeln und schließlich mit der Oktoberrevolution nicht nur den Krieg zu beenden, sondern auch zum ersten Mal in der Geschichte einen Staat unter Kontrolle der Arbeiter*innenklasse zu erkämpfen. Auf dieser Basis richtete die russische Arbeiter*innenklasse einen Aufruf an Arbeiter*innen weltweit, den Krieg zu beenden - die diesem Aufruf mit dem österreichischen Jännerstreik, der deutschen

der brutalen Unterdrückung der vietnamesischen, aber auch der schwarzen Bevölkerung zuhause zu Widerstand, der den Krieg beendete. Die Bewegung gegen Vietnamkrieg wuchs zusammen mit der Bürgerrechtsbewegung und anderen sozialen Kämpfen. Martin Luther King, Malcolm X und die Black Panther Party nahmen alle eine klare Antikriegsposition ein. Dieser Druck - und der Widerstand der vietnamesischen Bevölkerung - zwang die USA schlussendlich zum Rückzug.

Und auch heute liegt genau hier die Antwort für den Aufbau einer gemeinsamen Bewegung gegen Krieg

tive verbindet, können wir Kriege unmittelbar und vor allem dauerhaft bekämpfen. Das hat auch einen Einfluss auf unsere Kampfmethoden, z.B. lehnen wir als Sozialist*innen Sanktionen und Waffenlieferungen ab. Sie sind nur Kriegsführung auf anderer Ebene, stürzen die russische Zivilbevölkerung in die Armut, treiben sie dadurch in die Arme des Putin-Regimes und treffen auch im Westen vor allem die Arbeiter*innenklasse.

Aber genau hier liegt unser Ansatzpunkt: die russische Arbeiter*innenklasse und Jugend will diesen Krieg nicht, trotz Repression gehen unzählige auf die Stra-

Matura: Reform-reif oder überholt?

Jedes Jahr verbreitet die Matura bei zehntausenden Jugendlichen Angst und Schrecken – entsprechend viele Änderungswünsche gibt es. Die verschiedenen Ansätze, von gerechteren Prüfungskonzepten über Unterrichtsmethoden, die auf verschiedene Lerntypen Rücksicht nehmen, bis hin zu „sozialeren“ oder „inklusiveren“ Zugangsbeschränkungen, ignorieren aber, welche Funktion die Matura (nicht) erfüllt: Sie ist keine objektive Messung, um den „Lernstand zu kontrollieren“, sondern dient im Wesentlichen dazu, Schüler*innen zu disziplinieren und die auszusortieren, die nicht auf Knopfdruck funktionieren, wie es das Funktionieren des Systems braucht.

Wir wollen daher statt Reformen zu diskutieren, gemeinsam mit Lernenden und Lehrenden für die Abschaffung von Matura sowie Zugangsbeschränkungen und für ein ganz, ganz anderes Bildungssystem kämpfen.

Die Maturastreiks Anfang des Jahres zeigten zwar das Potenzial für Veränderung und die Unzufriedenheit, boten aber noch keine echte Alternative. Die zentrale Forderung war die freiwilligemündliche Matura (und selbst diese nur während der Pandemie). Konkrete Vorschläge, um diese zu erkämpfen oder die Proteste auszuweiten, fehlten. Ein

bisschen wirkte das Ganze, als ob die SPÖ-nahe AKS sich vor den Wahlen zu Landes- und Bundesschüler*innenvertretung nochmal ins Gedächtnis bringen wollte. Zurückhaltende Forderungen und fehlende Strategie waren mitschuld daran, dass die Mobilisierungen nur begrenzt Fuß fassen konnten.

Um Proteste wirklich in Schulen zu verankern, braucht es demokratische Organisierung von unten. In Schüler*innen-Komitees können Bedenken angesprochen, Forderungen diskutiert und nächste Schritte geplant werden. Zentral, um die Forderungen zu erkämpfen, ist auch eine Strategie, die den Druck schrittweise aufbaut und weitere Verbündete miteinbezieht (siehe dazu auf www.slp.at der Artikel: Schulstreik Basics: Unite and fight!).

Das wäre nicht nur die Basis, um Matura und Zugangsbeschränkungen abzuschaffen und ausreichend Ressourcen zu erkämpfen, sondern auch, um ein Bildungssystem ohne Konkurrenz, Leistungsdruck und mit den besten Lehrmethoden für alle aufzubauen, ein sozialistisches, in dem wir ein Leben lang demokratisch gemeinsam und voneinander lernen.

Beide Artikel:
Moritz Bauer



Matura: Amfang vom Ende?

Anfang Mai ist es wieder so weit: Die Matura-Prüfungen stehen an. Für etwa 40.000 Schüler*innen

20 mittelgradige depressive Symptome und die Gesamtzahl an Depressions-, Angstsymptomen und

sagt die Matura wenig über Wissen oder Verständnis aus, sondern über die Fähigkeit, Stoff auswendig zu lernen, ohne zu hinterfragen, und anschließend bei einer Prüfung wieder auszukotzen – also „Bulimie-Lernen“. Verschärft durch die Zentralmatura werden Inhalte durchgepeitscht, damit Schüler*innen auf Knopfdruck funktionieren und sich daran gewöhnen, Anweisungen zu folgen. Es geht darum, die Anforderungen der Wirtschaft an's Bildungssystem und künftige Beschäftigte zu erfüllen – zumindest, solange Profitinteressen den Ton angeben (siehe links).

„Schluss mit Prüfungswahn und Beschränkung auf auswendig gelernte Fakten!“ – SLP Bildungsprogramm

heißt das Belastung, Stress und Ängste – welche davor schon alarmierend hoch liegen. Die Pandemie verschärft dies weiter – laut einer Studie der Donau-Universität Krems zur psychischen Gesundheit von Schüler*innen vom Dezember 2021 hatten 62% der Mädchen und 38% der Buben zwischen 14 und

Schlafstörungen hat sich verfünf- bis verzehnfacht.

Das machte es besonders zynisch, als Anfang des Jahres erneut „Expert*innen“, die seit Jahren in keiner Klasse mehr gesessen sind, auszogen, um den „Wert der Matura“ zu verteidigen und ein Ende der „Corona-Matura“ forderten. De facto

Jetzt anmelden: 21–28. August – Sommercamp 2022

Du kannst dich jetzt zum Sommercamp von SLP, ISA und Rosa anmelden. Schwerpunkte sind u.a. die imperialistischen Widersprüche zwischen USA, China und Russland, die Geschichte der Österreichischen Arbeiter*innenbewegung, die Frage, wie ein sozialistisches und wirksames Programm angesichts der vielen Krisen (Klima, Corona, Ukraine etc.) aussiehen kann und eine eige-

ne sozialistisch-feministische Programmschiene.

Gäste erwarten wir dieses Mal aus noch mehr verschiedenen Ländern, Rumänen, USA, Belgien und Deutschland sind schon fix. Unterbringung in Bungalows oder im Zelt, Kinderbetreuung wird organisiert, Sport, Schwimmen und Lagerfeuer gehören ebenso dazu wie Argumentationstraining und

natürlich jede Menge Arbeitskreise.

Anmeldung ist fix, sobald wir eine Anzahlung haben:

IBAN:
AT256000000008812733
BIC:
BAWAATWW

Absurdität des Monats



Dass der 8. März als „Internationaler Tag der arbeitenden Frauen“ ins Leben gerufen wurde, ging wohl an der Arbeiterkammer vorbei. Denn diese schickte zu diesem Anlass eine Mail an ihre Mitglieder mit dem Betreff „Mehr Chefinnen braucht das Land!“ Wer so eine Interessensvertretung hat, braucht keine Wirtschaftskammer mehr...



Proteste gegen Bildungsmisere

Schon vor Corona staunten sich international in den verschiedenen Bildungssystemen massive Probleme auf. Egal welches Land – die Situation ist für die Beschäftigten ähnlich trist. Unterfinanzierung, unsichere Jobs, übermäßige administrative Arbeit außerhalb des Unterrichts und allgemein miese Arbeitsbedingungen ge-

an zunehmenden Protesten und Streiks.

Bereits im Sommer 2020 drohten die US-amerikanischen Lehrer*innen angesichts der Corona-Situation im Falle einer unsicheren Öffnung der Schulen mit Streik. Anfang 2021 stimmten 70% der Chicago Teachers Union (CTU) dafür, zuhause zu bleiben und not-

und UNISON die Lehrkräfte dazu aufriefen, zuhause zu bleiben. Auch hier sollten die Lehrer*innen ohne ausreichenden Corona-Schutz in die Schulen zurück. An einem online-Protesttreffen nahmen sogar 400.000 Menschen teil. Unterstützt wurde die Initiative auch von unserer britischen Schwesterorganisation Socialist Alternative

Umgang mit und die Prävention von psychischen Problemen, kleinere Klassengrößen und eine Lohnerhöhung um 20%. Täglich fanden Kundgebungen statt. Dass diese auch vor den großen Unternehmen abgehalten wurden, zeigt, dass die Kolleg*innen wissen, wo das Geld zu holen ist. Ein Streikkomitee mit 300 Mitgliedern wurde ins Leben gerufen. An den regelmäßig von Socialist Alternative organisierten Treffen nahmen zahlreiche Lehrer*innen teil. Aktivist*innen der Socialist Alternative sind u.a. im Betriebsrat vor Ort und der Streikorganisation an der Schule aktiv. Eine von Socialist Alternative und Lehrkräften ins Leben gerufene Petition fordert eine Fortführung des Streiks, bis über ein Verhandlungsergebnis abgestimmt wird, sowie die Einberufung von Treffen, um die nächsten Schritte zu besprechen.

Auch im französisch-sprachigen Teil Belgiens sind die Lehrer*innen kampfbereit. Am 10. Februar gingen mindestens 10.000 auf die Straße. Die Forderungen umfassen mehr Ressourcen, kleine Klassen und Unterrichtsstätten in gutem Zustand. Im Unterschied zu Minneapolis wurden die Aktionen jedoch nicht zum Streik ausgeweitet. Aus den Reihen der Beschäf-

Die Sektionen der ISA drücken international Bildungsprotesten ihren Stempel auf.

hören zum Alltag. Die Coronakrise hat die Probleme für alle sichtbar gemacht und nochmals verschärft. Doch anstatt zu reagieren, taten die Politiker*innen weltweit nichts. Einerseits wurde den Lehrkräften erklärt, wie wichtig sie nicht wären. Andererseits wurde ihnen gezeigt, dass sie den Herrschenden in der Realität nichts wert sind und dass Schulen im Kapitalismus lediglich Stätten zur Disziplinierung und Aufbewahrung von Kindern dienen (damit die Eltern Zeit haben, sich im Betrieb ausbeuten zu lassen). Diese Entwicklung führte sowohl zu viel Frustration als auch zu neuem Selbstbewusstsein. Die Folge ist ein Trend

falls auch zu streiken. Anfang dieses Jahres stimmten 73% für Kampfmaßnahmen für sicheren Unterricht. Dass die Proteste nicht erfolgreich waren, lag an der Sabotage der Gewerkschaftsbürokratie. Aktivist*innen unserer Schwesterorganisation Socialist Alternative (SA) unterstützten das Lehrpersonal und forderten, den Streik auf das ganze Land und verschiedene Branchen auszuweiten. Alle Kampfmaßnahmen sollten von Beschäftigten abgestimmt werden, wurde klargemacht.

In Britannien konnten Ende 2020/ Anfang 2021 die Öffnungspläne Boris Johnsons zurückgeschlagen werden, indem die Gewerkschaften National Education Union

tive, die forderte, dass sämtliche Öffnungsschritte von Beschäftigten, Schüler*innen und Eltern getroffen werden müssen. Doch auch Forderungen nach mehr Gehalt und allgemein besseren Arbeitsbedingungen werden immer populärer.

Bereits Anfang 2020 streikten irische Lehrkräfte für die gleiche Bezahlung neuer Kolleg*innen. Anfang März 2022 traten in Minneapolis (USA) 4.000 Lehrkräfte, die in der Gewerkschaft Minneapolis Federation of Teachers (MFT) organisiert sind, in den Streik. Gefordert werden ein Mindestgehalt von 31.633 Euro/Jahr für sogenannte Educational Support Professionals, mehr Mittel für den

tigten wurde jedoch klar bemängelt, dass die Aktionen „zu nett“ wären. Unsere belgische Schwesterorganisation Linkse Socialistische Partij (LSP)/Parti Socialiste de Lutte (PSL) forderte demokratische Versammlungen zur Planung weiterer Aktionen. Auf diesen hätten die Beschäftigten ihre Wut, ihre Kampfbereitschaft weiter zum Ausdruck bringen und gegen die Gewerkschaftsbürokratie effektivere Maßnahmen (d.h. einen Streik) durchsetzen können. Weitere Forderungen von LSP/PSL-Aktivist*innen sind die Beschränkung der Klassengrößen auf 15 Schüler*innen und eine große Einstellungsoffensive.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass gute freie Bildung für alle und Kapitalismus unvereinbar – aber Millionen bereit dafür zu kämpfen – sind. Die Diskussion darüber, wie und mit welchen Zielen diese Kämpfe geführt werden, ist wichtig – Aktivist*innen der ISA bringen sich mit einem sozialistischen Programm und kämpferischen Methoden ein, um einen Weg aufzuzeigen, wie diese Kämpfe nicht nur geführt, sondern gewonnen werden können.

Lukas Kastner
internationalsocialist.net

Rassistisch Flüchtlingen helfen?

Die **österreichische Regierung** ist für ihre rassistische Anti-Flüchtlings-Politik bekannt. Kurz propagierte "Präventivhaft" von Asylwerber*innen und ein Kopftuchverbot für Frauen unter 14. Er erklärte, dass illegale Einwanderung eine ebenso große Bedrohung sei wie der Klimawandel. Karl Nehammer ist noch schlimmer und verhängte für die ohnehin wenigen Asylwerber*innen aus Afghanistan ein Einreisverbot. Ähnlich wie die ungarische und polnische Regierung hat die österreichische in Bezug auf ukrainische Flüchtlinge eine scharfe Kehrtwende vollzogen und unbürokratischen und freien Zugang gewährt. Nehammer erklärt ehrlich rassistisch: "In der Ukraine ist es anders als in Ländern wie Afghanistan....wir sind eine europäische Familie, und Familien stehen zueinander".

85 % sind für die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine – das ist gut. Doch die pseudo-flüchtlings-freundliche Kehrtwende der Regierung dient dazu, nationalistische und rassistische Tendenzen zu stärken.

Hinzu kommt die Verflechtung der österreichischen mit der russischen Wirtschaft: Rund 650 österreichische Firmen sind in Russland tätig, das der zweitgrößte Investor in Ös-

beide Artikel von
Yasmin Morag

terreich ist. Die herrschende Klasse muss den Widerspruch zwischen ihren eigenen Interessen und dem breiten Widerstand in der Bevölkerung gegen den Krieg abfedern. Gleichzeitig hat die Regierung keinen Plan, wie der erhöhte Bedarf in den bereits überfüllten Schulen, Krankenhäusern, Wohnungen finanziert werden soll.

Reiche Österreicher*innen werden die Auswirkungen dieser Krise auf ihre Lebensbedingungen nicht spüren, ebenso wenig wie reiche Ukrainer*innen. Es ist also keine Frage der Herkunft! Daher ist die Solidarität der Arbeiter*innenklasse notwendig. Ukrainische und österreichische Arbeiter*innen sowie Flüchtlinge aus anderen Ländern haben ein gemeinsames Interesse daran, für mehr Ressourcen für alle zu kämpfen und sich für die Beendigung von Krieg und Imperialismus zu organisieren. Diejenigen, die regelmäßig von Krieg und Imperialismus profitieren – die Rüstungsindustrie, die Energiekonzerne und die Immobilienbesitzer*innen, die jetzt zynischerweise aus dem Krieg Profit schlagen, müssen diejenigen sein, die für die katastrophalen Folgen des Konflikts zahlen.

Nachrichten aus der International Socialist Alternative (ISA)

Mexiko

Die **Regierung** in Mexiko plant eine Energiereform, die einige der schlimmsten Folgen der rechten und neoliberalen Agenda am Energiesektor zurücknehmen soll. Zu diesem wichtigen Thema gab es am 22. Jänner ein Treffen von über 100 Organisationen, um eine Kampagne zu organisieren, die noch weiter geht. Denn es braucht mehr. Die ISA in Mexiko ist Teil der Kampagne und macht klar, dass der Staat den Zugang zum

alternativasocialista.org



Krieg? Solidarität der Arbeiter*innen!

Als Reaktion auf die Schrecken des Krieges in der Ukraine, in der zumindest in Europa am schnellsten wachsenden Flüchtlingskrise seit dem 2. Weltkrieg, haben ganz „normale“

Solidarität von unten kann Verbesserungen für alle erkämpfen

Menschen in Polen, Rumänien, Ungarn, Österreich etc. Hilfe für die Opfer organisiert – sie haben Decken und Kleidung gesammelt, Unterkünfte angeboten, Essen und Transporte organisiert. Dies ist nicht das erste Mal, dass wir eine starke Solidarität der Arbeiter*innen als erste

Reaktion erleben. Während der Überschwemmungen in Deutschland 2021 organisierten Arbeiter*innen Unterkünfte, Lebensmittel und sogar Rettungsmaßnahmen. In Kasachstan

herrschte nach der brutalen Unterdrückung des Aufstandes Lebensmittelknappheit in den Städten, und die Arbeiter*innen organisierten sich, um allen Mahlzeiten anzubieten. Diese spontane sozialistische Reaktion der Arbeiter*innen ist das deutlichste Gegenargu-

ment an all jene, die behaupten, die menschliche Natur sei zu egoistisch für eine sozialistische Gesellschaft.

Der österreichischen Regierung kommt das sehr gelegen, denn so kann sie sogar noch bei der Hilfe sparen und die Kosten an jene auslagern, die ohnehin nicht viel haben! Die Regierung wird auch versuchen, den Krieg und die schreckliche Situation in der Ukraine zu nutzen, um die Nöte der Arbeiter*innen hierzulande kleinzureden. Und doch ist gerade diese Solidarität der Ansatz für gemeinsamen Widerstand. Für ein besseres Leben hier – und dort!

USA

Am 14. Februar gab es einen landesweiten Aktionstag gegen die Anti-Gewerkschaftsaktionen bei Starbucks. Auslöser war die Entlassung von 7 Beschäftigten im Memphis Starbucks Store (35% der Belegschaft), weil sie den Betrieb gewerkschaftlich organisierten wollten. Beim Aktionstag beteiligten sich Aktivist*innen der Socialist Alternative (ISA in den USA), u.a. in Seattle wo die sozialistische Stadträtin Kshama Sawant erklärte:

„Wir müssen den heutigen Tag als Startpunkt nutzen, um mit dem Aufbau von Massen-Solidaritätskundgebungen zu beginnen... um die Wiedereinstellung der Memphis 7 zu fordern, um diese ungerechte Entlassung bekannt zu machen und um eine breite gesellschaftliche Unterstützung für die gewerkschaftliche Organisierung bei Starbucks-Gewerkschaft aufzubauen!“

socialistalternative.org

Deutschland

Bei den Betriebsratswahlen im Klinikum Bremen Mitte gewann die oppositionelle Betriebsratsgruppe „uns reicht's“ die meisten Stimmen. Die SAV (ISA in Deutschland) unterstützte die Kolleg*innen beim Wahlkampf. In Gesprächen vor dem Betrieb war auffällig, dass die „uns reicht's“ Kolleg*innen als jene erkannt wurden, die kämpfen wollen – gegen personelle Unterversorgung und Sexismus am Arbeitsplatz.

sozialismus.info

Teil 3 der Artikelserie: Geschichte der österreichischen Arbeiter*innenbewegung



Der 1. Weltkrieg und die österreichische Revolution

In **Geschichtsbüchern** wird als Ursache für den Krieg das Attentat auf den österreichischen Thronfolger und dessen Frau genannt. Doch kann ein Attentat eine solche nie dagewesene Barbarei verursachen? Um die Ursache des Krieges analysieren zu können, müssen die damaligen wirtschafts-

aufrechterhalten werden kann – wird es nicht durch ein sozialistisches ersetzt.

Die größte Organisation der Arbeiter*innenklasse war die SDAP, die Vorläuferorganisation der SPÖ. Diese war in den Jahren vor dem 1. Weltkrieg zwar in Wörten weit radikaler als ihre deutsche Schwesterpartei,

basis massiv eingeschränkt und diese in die Passivität gedrängt. So erlitt die Arbeiter*innenbewegung einen schweren Rückschlag. In Folge dieser Entscheidungen der Parteiführung sanken die Mitgliederzahlen und die Verankerung in der Arbeiter*innenklasse.

nen kam es zu starkem Unmut in der Bevölkerung. Am 14. Jänner 1918 traten Fabrikarbeiter*innen in Wiener Neustadt in den „Jännerstreik“. Ihre Kolleg*innen in Wien, Niederösterreich und der Obersteiermark schlossen sich an. Es ging den Streikenden auch um Solidarität mit der Russischen Revolution. Außerdem wollten sie sich nicht mehr als Kanonenfutter missbrauchen lassen. Da sie sich nicht mehr von der Habsburger Monarchie unterdrücken lassen und den Krieg beenden wollten, wählten sie Räte nach dem Vorbild der Sowjets in Russland. Mit der Novemberrevolution 1919 flammten die Räte wieder auf, sie übernahmen die Aufgaben der zusammenbrechenden staatlichen Verwaltung, sowie der Lebensmittelversorgung – aber entlang der Bedürfnisse der Arbeiter*innen, nicht der Kapitalist*innen und Adeligen. Sie waren der Keim einer neuen Gesellschaft.

Die Führung der SDAP fürchtete jedoch, dass es zur Revolution wie in Russland kommen könnte. Sie argumentierten, es brauche als Vorstufe zum Sozialismus erst eine bürgerliche Republik, eine Revolution wäre unmöglich und zu gefährlich. Deshalb versuchten sie alles, um die Massen vom

revolutionären Geist abzubringen. Der „linke“ Sozialdemokrat Otto Bauer sagte über die bremsende Rolle seiner Partei stolz: „Nur Sozialdemokraten konnten wildbewegte Demonstrationen durch Verhandlungen und Ansprachen friedlich beenden, die Arbeitermassen von der Versuchung zu revolutionären Abenteuern abhalten.“ Die Gewerkschaftsführung unterstützte die SDAP-Führung, nicht die eigenen Mitglieder, d.h. die Arbeiter*innen konnten auch hier keine Unterstützung erwarten. Jene, die sich für die Räte einsetzten, waren oftmals zu unerfahren und unorganisiert – es fehlte im Unterschied zu Russland die gut organisierte, revolutionäre Partei. So konnte die SDAP-Spitze die Räte mehr und mehr in Organe zur Verrichtung administrativer Tätigkeiten umwandeln. Der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft wurde in Wörten herbeigesehnt, in Taten verhindert. Diese prinzipielle Haltung hat nicht nur die Arbeiter*innen in Österreich in den 1. Weltkrieg getrieben und dessen Ende hinausgezögert, sondern in letzter Konsequenz 1934 zum Bürgerkrieg und später zum 2. Weltkrieg geführt.

Anna H.

„Neider überall zwingen uns zur gerechten Verteidigung.“ Der deutsche Kaiser Wilhelm II., 1914

lichen und gesellschaftlichen Bedingungen berücksichtigt werden. Schon vor mehr als 100 Jahren ist der Kapitalismus auf seiner höchsten Stufe angelangt, dem Imperialismus. Nun versuchten Großmächte, ihre Einflussgebiete zu erweitern bzw. zu erhalten, was zu dieser Zeit bedeutet: Auf Kosten anderer Staaten. Der Grund liegt im Zugriff auf Rohstoffe, Arbeitskräfte und Anlagemöglichkeiten. Im Gegensatz zum Anfangsstadium des Kapitalismus, wo noch freier Handel und freie Konkurrenz im Vordergrund steht, geht es nun um die „Eroberung von Gebieten für Kapitalanlagen“ (Lenin: „Sozialismus und Krieg“). Anfangs des 20. Jahrhunderts sind die Produktivkräfte so weit entwickelt, dass das kapitalistische System nur mit wiederkehrenden Kriegen

in Taten aber letztlich systemkonform. Im Gegensatz zur deutschen, konnte die österreichische Sozialdemokratie den Kriegskreiden nicht formal zustimmen – weil sie in Österreich nicht gefragt wurde. Doch schrieb Friedrich Austerlitz in der Arbeiterzeitung: „Die österreichische Arbeiterschaft bekennt sich zur k.u.k. Monarchie und zum Kriegseintritt“. Die Parteiführung glaubte, der Krieg wäre recht kurz und wollte nicht das bereits Erreichte gefährden. Einer der bedeutendsten Sozialdemokrat*innen der 1910er und 1920er Jahre, Karl Renner, war sogar gegen den Sturz des Kaisers und strebte den „Aufgeklärten Absolutismus“ an. Aus Angst vor Repressionen des kaiserlichen Regimes wurde die aktive politische Arbeit der Partei-

Ohne Widerstand durch die SDAP wurden Regelungen zu Arbeitszeit, Arbeitspausen oder Sonntagsruhe außer Kraft gesetzt. Durch den Krieg, die zunehmende Nahrungsmittelknappheit und Krankheiten verschlechterte sich die Lage der österreichischen Arbeiter*innenklasse zusehends. Das führte rasch zur Ernüchterung über den Krieg und trug zur Veränderung des Klassenbewusstseins der Arbeiter*innen bei. Sie konnten das kapitalistische System und seine Folge Krieg nicht länger ertragen.

So kam es zu revolutionären Erhebungen, wie dem Matrosenaufstand von Cattaro, der ungefähr zeitgleich mit dem Jännerstreik stattfand – die SDAP-Führung aber verhinderte, beides zusammenzubringen.

Durch eine erneute Verkürzung der Mehlratio-

Titanic – sinkender Spiegel der Gesellschaft

Schon der Bau der Titanic in Southampton war begleitet von 245 Unfällen und 18 Todesfällen. Rund 15.000 Menschen setzten unter miserablen Bedingungen das

Es geschah vor

110

Jahren...

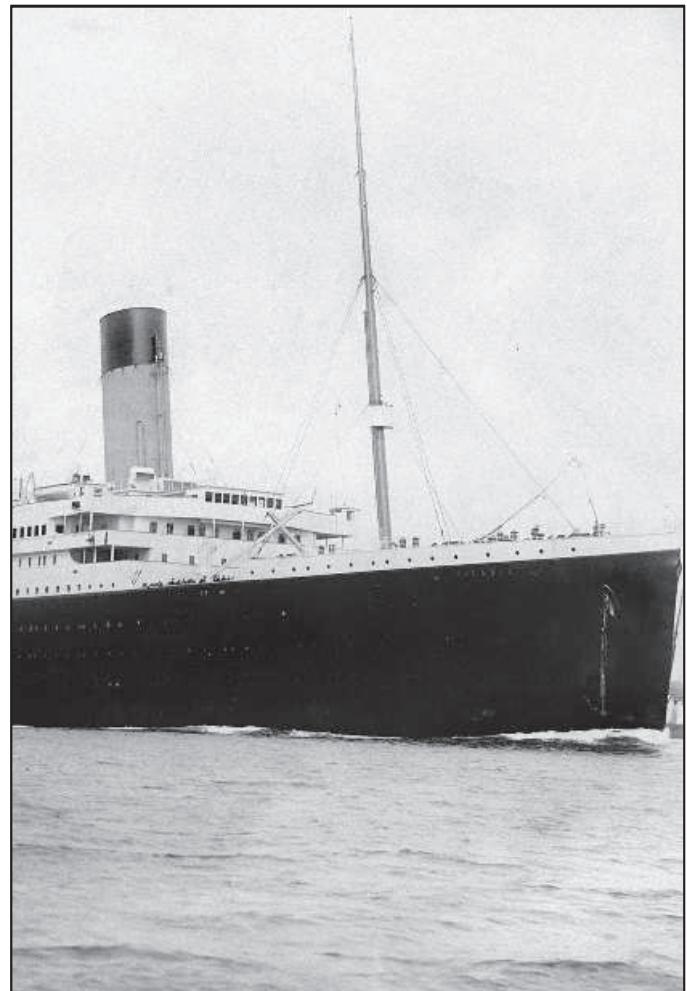
Aushängeschild des aufstrebenden Kapitalismus in die Tat um. Sie hatten 7 Minuten während des gesamten Arbeitstages, um die Toilette aufzusuchen. Damals wie heute geht das kapitalistische System zur Profitmaximierung über Leichen,

ob im Arbeitsprozess oder durch vermeidbare Katastrophen. Es kommt auf die Klasse an, zu der man gehört, ob bzw. wie lange mensch diese überlebt. Der Untergang der Titanic kostete 74% der 3. Klasse-Passagiere, 78% der Crew und „nur“ 37% der wohlhabenden Reisenden das Leben.

Als das Unglück bekannt wurde, stoppte die Firma die Lohnzahlung – ließ sich aber von den Familien die Überführung der Leichen bezahlen. Hatten Beschäftigte das Glück zu überleben, bekamen sie nur den halben Lohn bezahlt. In der Region Hampshire, wo 50% der Besatzung herkamen, folgte massive Armut: Für

die Heimkehrenden endete ihr Arbeitsvertrag und sie standen ohne Einkommen da (ein Stewart bekam 3 Pfund/Monat). Der Kapitän zum Vergleich bekam 1250 Pfund/Jahr. Für die Reichen gab es 40 verschiedene Menüs zur Auswahl, die 1.000 Passagiere der 3. Klasse mussten sich zwei (!) Badezimmer teilen. Die Titanic spiegelte den Wahnsinn des Kapitalismus und der Industrialisierung am Beginn des 20.Jh. wider und machte deutlich, dass Profit und Prestige die treibende Kraft bei ihrem Bau und Untergang war.

Margarita Wolf



Sozialistische LinksPartei Wofür wir stehen

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch

- bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitätern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechts-extreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschaftlerInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand

- und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnen-politik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu

- regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.



Am 7. April ist der internationale Tag gegen die Kommerzialisierung der Gesundheit. Wie stark

Operation braucht, hat die Wahl zwischen monatelangem Warten oder teurem Privattermin.

Je mehr Gesundheit zur Ware wird, um so weniger Menschen können sie sich leisten!

Gesundheit zur Ware geworden ist, sehen wir täglich. Spitäler müssen „wirtschaftlich“ arbeiten, Pflegepersonal ist ein „Kostenfaktor“. Wer eine

Auf der anderen Seite scheffeln Konzerne Milliarden mit Medikamenten und ist Gesundheit einer DER Wachstumsmärkte. Die Euro- und

Dollarzeichen in den Augen der Investor*innen leuchten auf. Doch all das ist absurd. Ein Ge-

sundheitswesen kann nur dann profitabel sein, wenn all jene, die nicht zahlen können, oder deren Krankheit zu teuer ist, aussortiert wer-

den. Klingt brutal, ist aber normale kapitalistische Logik. Gesundheit gehört daher raus aus der Hand Privater und muss von der öffentlichen Hand betrieben werden. Finanziert aus den Reichtümern, die wir alle schaffen, aber ein paar horten, für ein Gesundheitssystem, das die Gesundheit und die Würde der Menschen über Profite stellt.

Termin

Krieg – Krise – Kapitalistisches Chaos und die Sozialistische Alternative

Eine Veranstaltung der SLP mit internationalen Gästen.

**22.4. | 18:30
Wien 10**

Treffpunkte

GRAZ

SLP-Ortsgruppe jeweils Dienstag, 19⁰⁰ Uhr

LINZ

SLP-Ortsgruppe jeweils Montag, 18³⁰ Uhr

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe auf Nachfrage

VÖCKLA BRUCK

SLP-Ortsgruppe auf Nachfrage

WIEN

SLP Wien West jeweils Montag, 18³⁰ Uhr

SLP Brigittenau 1 jeweils Mittwoch, 18³⁰ Uhr

SLP Brigittenau 2 jeweils Donnerstag, 18³⁰ Uhr

Wegen Corona finden die Treffen sehr unterschiedlich statt, in den Lokalen, auf Zoom oder im Freien. Wir freuen uns auf Deine/Ihre Teilnahme. Bitte vorher unter www.slp.at/kalender schauen, wo bzw. wie das Treffen stattfindet bzw. unter slp@slp.at die Einwahldaten für Online-Treffen erfragen.



**Gibt es nicht aus Profitstreiben.
Gibt es aus Überzeugung.**

Jetzt abonnieren!

Normal-Abo € 24,-
Sozial-Abo € 14,-
(für Menschen ohne eigenen Einkommen)
All-Inklusive-Abo ab € 7,-/Monat

Zeitung und alle anderen Publikationen der SLP

Abo-Zahlungen & Spenden:
IBAN: AT 2560000000 00112733
BIC: OPSAUTW



> Berichte
> Hintergründe
> Analysen
aus sozialistischer Sicht.

www.slp.at | slp@slp.at | [/slp.cwi](https://www.facebook.com/slp.cwi)